

Carla Boulboulé

„Stolz“ auf die Bilanz von 11 Jahren Regierungspolitik: Diese „Erneuerung“ der SPD durch die Gabriel – Steinmeier – Nahles verhöhnt die Opfer dieser Politik, nicht zuletzt die SPD selbst

„Nach den 16 Jahren Reformstau der Regierung Kohl haben wir viel bewegt, auf das wir stolz sein können. Bundeskanzler Gerhard Schröder, die Vizekanzler Franz Müntefering, Frank-Walter Steinmeier, unsere Ministerinnen und Minister sowie die sozialdemokratische Bundestagsfraktion haben viel für unser Land erreicht“, heißt es in dem Leitantrag, den die selbstnominierte neue SPD-Führung unter Sigmar Gabriel in Mitarbeit von Müntefering den Delegierten auf dem Dresdner Bundesparteitag vom 13.-15. November 2009 vorlegt.

Und Gabriel legt noch nach. Als Resümee verschiedener Regionalkonferenzen zieht er seine Konsequenz: „Die SPD braucht alles andere als eine Totalrevison ihrer Politik.“ Und: „Es war bei weitem nicht alles falsch, was war“, die SPD habe also guten Grund, auf viele Dinge ihrer Regierungszeit stolz zu sein! (zit. nach Berliner »Tagesspiegel«, 8. 11. 09)

„6 Millionen traditionelle Wähler der SPD haben in dieser Wahl ihre Bilanz und Konsequenz gezogen. Sie haben der SPD ihre Stimme verweigert. Das ist ihre Absage an die Politik und der für sie verantwortlichen Führung: einer Politik, die eine Republik der Massenarbeitslosigkeit, der Lohnsenkungen, der Zersetzung des Sozialstaats und der Tarifverträge, kurz der dramatisch zunehmenden Armut geschaffen hat, zugunsten der Ausweitung der Unternehmerprofite und der Spekulation, d.h. einer bisher nie gekannten Umverteilung von unten nach oben“, schreiben sozialdemokratische GenossInnen aus Nordrhein-Westfalen in einem Beitrag zur Diskussion, den sie auf dem „Basis-Ratschlag“ in Kassel (s. Bericht auf S. 4) vorgelegt haben.

Die Absage der Arbeitnehmerwähler hat ein breites Echo auch unter den Basismitgliedern der SPD gefunden. Viele, allein 80 GenossInnen auf dem „Basis-Ratschlag“, haben den Aufruf: „Wir brauchen die SPD zurück“ unterzeichnet: „Es geht um einen grundsätzlichen Neuanfang, ohne diejenigen und ihre Politik, die verantwortlich für die jetzige Situation der Partei sind. Der Wille für den konsequenten Bruch mit der gesamten Schröder-Politik und ihren

verantwortlichen Trägern auf allen Ebenen greift in der Partei um sich.“

Gabriel dagegen leugnet die Verantwortung der SPD-Führung für die verheerenden Niederlagen der SPD und den Aderlass bei den Mitgliederzahlen und erklärt, „dass wir alle die Politik der letzten Jahre gemeinsam zu verantworten haben ...“.

„Alle gemeinsam verantwortlich“? – auch die Hunderttausende, die die SPD seit 1998 aus Empörung und Wut über die Schröder-Politik verlassen haben, die 10 Millionen Arbeitnehmerwähler, die der SPD seitdem die Stimme verweigern? Und die ungezählten SozialdemokratInnen, die in der SPD alles versucht haben, um die Politik der Agenda 2010 zu stoppen – Versuche, die alle von denen zu Fall gebracht und erstickt wurden, die die SPD mit ihrer Politik bis an den Rand der Zerstörung getrieben haben?

Die „Diskussion muss nach vorne gerichtet sein. Es geht um die Voraussetzungen einer neuen Stärke der Sozialdemokratischen Partei“, konstatiert der Leitantrag.

„Nach vorne sehen“, verlangt das nicht, endlich auf die Probleme, Sorgen und Forderungen der arbeitenden Bevölkerung, der Kranken und Rentner, der Jugend zu antworten?

Stolz wird im Leitantrag der Erfolg im Kampf zum Erhalt der Arbeitsplätze gelobt: „Insbesondere der entschlossene Einsatz der Kurzarbeit ist die Ursache dafür, dass Hunderttausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Arbeitsplätze behalten konnten.“ Was aber ist mit den „rund 3,2 Millionen Menschen in Deutschland, die seit Herbst 2008 ihren sozialversicherten Job verloren haben“ (nach einer DGB-Studie vom Oktober 2009)?

Die IG Metall forderte „Keine Entlassung in 2009“. Zahlreiche GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen haben eine Kampagne unterstützt für ein „sofortiges Entlassungsverbot“! Es gab keine Antwort von der SPD-Führung.

Gabriel preist den Einsatz der SPD für Opel. Die Vereinbarung der Regierung der Großen Koalition mit Magna, die unter der Mitverantwortung von SPD-

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz geschlossen wurde, sah den Abbau von über 10.000 Arbeitsplätzen bei Opel vor – ein Grund, stolz zu sein?

Im April dieses Jahres hatten sich GewerkschafterInnen, Opel-KollegInnen und SozialdemokratInnen in einem Offenen Brief an Olaf Scholz gewandt und die Verantwortung der SPD-Minister für eine sofortige Gesetzesinitiative für die direkte staatliche Übernahme von Opel – für die staatliche Garantie aller Arbeitsplätze und Betriebe eingefordert.

Auf ihre dringenden Appelle, die Beschäftigten und ihre Familien vor der Entlassung zu schützen, haben die KollegInnen keine Antwort erhalten.

Die Verweigerung des Schutzes von Opel, des Schutzes der ArbeitnehmerInnen vor Arbeitslosigkeit und dem sozialen Absturz durch die SPD-Führung, das hat die ArbeitnehmerInnen in die Wahlverweigerung getrieben.

Die AfA-GenossInnen aus Hessen-Süd und aus Nordrhein-Westfalen fordern nach Bekanntgabe von GM, Opel nicht zu verkaufen und der Ankündigung von Massenentlassungen und Werkschließungen: „Opel muss GM aus der Hand genommen werden! Der Staat muss sofort die Verantwortung für die Rettung der Arbeitsplätze übernehmen: staatliche Garantie zum Erhalt aller Arbeitsplätze, Produktion und Vermögen müssen unter staatlichen Schutz gestellt werden.“

„Erneuerung“ der SPD, das heißt, dass „die SPD aus dem verhängnisvollen Irrweg ihrer Führung herausgerissen wird, um sie als politisches Instrument für die Verteidigung der Interessen der ArbeitnehmerInnen und Jugend zurück zu gewinnen“ (aus der Erklärung „Wir brauchen die SPD zurück“).

Der offensive Kampf dafür, Opel unter staatlichen Schutz zu stellen für den Erhalt aller Arbeitsplätze und der Produktion; der Kampf für ein generelles Entlassungsverbot, wird der SPD den Platz an der Seite der ArbeitnehmerInnen und der Jugend zurückgeben und die Kraft gewinnen, um die zerstörerische Politik der schwarz-gelben Regierung zurückschlagen zu können.